

Friedensmaxime und soziale Dimension sind entscheidend

# Europas politische Zukunftsaufgaben

Jean-Claude Juncker

Der Gipfel von Nizza hat die Debatte über die Zukunft Europas in die Wege geleitet. Zurzeit wird viel über die möglichen Formen der künftigen Weiterentwicklung der Europäischen Union debattiert, geredet und geschrieben. Mit einer breiten Debatte über das institutionelle Gefüge der EU ist es allerdings nicht getan. Dieser Ansatz erscheint mir sogar fraglich. Was mich vor allem an der gegenwärtigen Debatte stört, ist, dass die meisten Analysen sich in institutionelle europäische Zukunftsspekulationen verlieren, ohne glaubhaft darzustellen, welchem Zweck die reformierten europäischen Institutionen eigentlich dienen sollen. Denn Europa ist mehr als nur ein Spiel von Institutionen oder ein Wechselspiel von institutionellen Einflüssen.

Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir uns auf die inhaltliche Quintessenz konzentrieren sollten und über die Institutionen erst reden, wenn auch die Substanzbereiche der europäischen Politik inhaltlich-programmatisch auf Vordermann gebracht worden sind.

## Gefährliche Gleichgültigkeit

Eine der größten Herausforderungen der Europäischen Union besteht in der Überwindung der sich immer größer auftuenden Kluft zwischen der europäischen Politik und dem europäischen Volk. Auch wenn ich immer wieder feststelle, dass diese Grabenbildung zwischen Volk und Politik nichts Europaspezifisches, sondern etwas allgemein Politikspezifisches ist, bin ich dennoch überzeugt, dass die

überwiegend vorherrschende öffentliche Gleichgültigkeit das europäische Projekt als solches langfristig gefährdet. Auch wenn es sich bei dieser Gleichgültigkeit zum größten Teil um eine noch wohlwollende Gleichgültigkeit handelt, müssen wir uns vor Augen halten, dass dieses Desinteresse trotzdem schnell in institutionelles Misstrauen, Ablehnung oder gar offene Feindschaft gegenüber dem europäischen Projekt umschlagen kann.

Denken wir zum Beispiel an die Ereignisse am Rande des Göteborg- oder des G-8-Gipfels oder an das irische Referendum, das nicht einfach als kleine demokratische Lappalie am Rande des europäischen Geschehens abzutun ist. Das irische Nein zum Nizzavertrag galt, davon bin ich überzeugt, weniger dem Inhalt des Vertrages an sich als dem Ambiente, das ihn umgibt. Das irische Nein hat im Übrigen die Existenz einer weiteren Kluft hervorgehoben, und zwar die zwischen integrationswilligen und integrationsablehnenden nationalen öffentlichen Meinungen in Europa. Da die Politik an der Bildung und Billigung dieser doppelten Kluft ihr Maß an Schuld hat, sollte sie sich auch um die Wiederschüttung dieser Klüfte unbedingt kümmern.

Denn ohne politische Zustimmung der Bürger kann Europa nicht fortbestehen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir uns um eine neue europäische Pädagogik bemühen müssen, eine Pädagogik, die es schafft, europäische Vorgänge einfacher und klarer zu vermitteln. Eine solche Pädagogik muss neue Kommunikations-

kanäle schaffen, um den Dialog mit den Bürgern wieder aufzunehmen. Dass die äußerst bürgerferne institutionelle Debatte die Menschen wenig begeistert und anspricht, ist offensichtlich. Dies hat sich nicht zuletzt mit dem Nein des irischen Referendums gezeigt. Pädagogisch richtiger wäre es meines Erachtens, den Menschen immer wieder auch die Konsequenzen eines Nicht-Europas vor Augen zu führen und sich auf die Ursprünge der europäischen Einigung und ihre eigentliche Bedeutung zu konzentrieren. Es gilt das Wieso, Weshalb und Warum der Europäischen Union den Bürgern jeden Tag neu und in einer ihnen zugänglichen Sprache und Form zu erklären. Dies ist griffiger, als sich ausschließlich auf das Wie der Union zu beschränken.

### Friedensaspekt

Dass wir nie mehr auf diesen Frieden stiftenden Aspekt der Europäischen Union hinweisen, nicht einmal im Zusammenhang mit der Osterweiterung, halte ich für einen sehr großen Fehler. Umso mehr, da in einem Teil Europas für viele die Friedensmaxime schon zur unverrückbaren politischen Maxime geworden zu sein scheint, obschon im anderen Teil Europas, nicht einmal zwei Flugstunden von uns entfernt, die Dämonen weitertoben. Für mich ist klar, dass das antinomische Verhältnis zwischen Krieg und Frieden kein Phänomen der Vergangenheit ist. Die Dämonen schlafen nur. Wir sollten uns deshalb zum ersten Gebot machen, den Menschen zu vermitteln, dass Europapolitik der nobelste Teil politischen Engagements ist, da es letztlich um die Frage geht, ob wir Diplomatie mit den Mitteln des Zuhörens, des Dialoges und des Aufeinanderzugehens bewältigen wollen oder einfach den Negativkräften den Vormarsch überlassen. Auch in Zukunft hat die Europäische Union dem Frieden zu dienen. Denn nur wenn sie ihn auf Dauer innerhalb ihrer eigenen Grenzen sichert,

kann sie die Voraussetzung schaffen, ihn über ihre Grenzen hinaus zu schützen oder gegebenenfalls zu schaffen – Voraussetzung dafür, dass die Union weltweit zu einem aktiven Friedensinstrument werden kann.

Was jedoch die Menschen heutzutage vor allem beschäftigt ist, was die Europäische Union an konkreter Politik in die Wege leiten kann, und das sollten wir Politiker nie aus den Augen verlieren. Die Politikererwartungen, die an die Europäische Union gerichtet werden, sind vielschichtiger Natur und vielschichtigen Ursprungs und artikulieren sich unterschiedlich, je nachdem, ob sie der breiten Öffentlichkeit, lokalen Institutionen oder der Zivilgesellschaft entspringen. Sämtliche Erwartungen jedoch fordern Lösungen zu grundlegenden Problemen der Gesellschaft. Griffige Politikinhalt sind deshalb den institutionellen Fragestellungen vorzuziehen. Zuhören und konstruktiver Austausch sind umso mehr gefragt.

Dabei ist es ja nicht so, als ob die Europäische Union nichts aufzuweisen hätte. Gegebenheiten und Umstände, die uns heutzutage selbstverständlich und normal erscheinen, sind letzten Endes gar nicht so selbstverständlich, wie dies erscheint. Ich denke hier nicht ausschließlich an die eben angesprochene Frage von Krieg und Frieden. Dass die Grenzen in Europa mit dem Schengener Vertrag verschwunden sind, ist auch keine Selbstverständlichkeit. Den Grenzen, die früher zu Schrecklichem Anlass gaben, die Bedeutung zu nehmen, ist ein kulturhistorischer Fortschritt von größter Bedeutung. Die Vollendung des Binnenmarktes mit der Freizügigkeit von Arbeitern, Gütern und Diensten war auch kein einfaches und selbstverständliches Unterfangen, findet aber progressiv Eingang in das alltägliche Leben und das Bewusstsein eines jeden Bürgers.

Der Euro, der ab 2002 konkrete Realität sein wird, wird nicht reichen, um die

Menschen Europas näher an die Europäische Union zu führen, ihnen zu vermitteln, dass Europa vor allem für sie und nicht gegen sie geschaffen wurde und wird. Die Menschen erwarten Antworten auf konkrete Fragen, die sie alltäglich beschäftigen in Bereichen der Arbeitswelt, der Asyl- und Immigrationspolitik, der Sicherheit. In diesen Bereichen sind Politikinhalt deshalb mehr als erforderlich.

### **Ausgestaltung der sozialen Dimension**

Die Ausgestaltung der sozialen Dimension Europas ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Aufgaben. Jetzt, da der europäische Binnenmarkt fast vollständig gelungen ist und die Wirtschafts- und Währungsunion trotz einiger Einschränkungen einen guten Start genommen hat, wird es Zeit, aus Gründen der Wettbewerbsbeherrschung in Europa einen Sockel an Arbeitnehmerrechten zu schaffen. Da das Währungsventil mit der Währungsunion entfallen ist und kein Land der Eurozone in Zukunft Währungskorrekturen vornehmen kann, um Wettbewerbsungleichgewichte zu korrigieren, müssen wir in der Europäischen Union aufpassen, nicht in ein System sozialen Dumpings abzurutschen. Damit die sozialen Errungenschaften, vor allem im Arbeitsrecht, nicht nach unten durchbohrt werden, plädiere ich für einen europaweit gültigen, flächendeckenden, von jedem zu beachtenden Mindestsockel an Arbeitnehmerrechten. Wahr ist auch, dass den Arbeitnehmern die Globalisierung, der Binnenmarkt und die Währungsunion zunehmend als Bedrohung erscheinen, da sie die in diesem Zusammenhang einhergehenden sozialen Defizite Europas intensiver als andere erfahren. Würde die Politik in Europa sozialhaltiger werden, könnte Europa seiner Funktion als Schutzschild gegen die Globalisierung gerechter werden. Ein Europa, das die Chancen der Globalisierung

nutzt und deren Gefahren mindert, würden die Menschen, glaube ich, befürworten.

### **Inneres, Justiz und Außenpolitik**

Konkretes Handeln drängt sich auch im Bereich der inneren Angelegenheiten und der Justiz auf. Wenn wir es schaffen würden, dass die europäische Politik gegen das europaweit aktive, internationale Verbrechen wirkungsvoll vorgeht, brächten wir die Menschen wieder dazu, die Nützlichkeit und Notwendigkeit europäischer Politik zu erkennen. Die organisierte Kriminalität plant und agiert über die Landesgrenzen hinaus: Sie hat längst schon die Chancen des großen Europas für sich entdeckt und zieht konsequent Nutzen aus dem zwischenstaatlichen Kompetenzwirrwarr. Die Politik hinkt nur hinterher. Die Bürger verlangen zu Recht, dass Europa sie gegen die internationale Kriminalität schützt. Sie würden die Einsetzung einer europäischen Polizei, eines nach europäischem Muster ausgerichteten FBI, zustimmend begrüßen, weil mehr Europa mehr Sicherheit bringen würde.

Auch bin ich der Meinung, dass der Nationalstaat in Fragen der Einwanderung, des Asyls, der Immigration und der Visumpflicht an seine Grenzen gelangt ist. Einwanderungsströme und Asylbewegungen machen nicht an Landesgrenzen Halt. Sie verlangen gemeinsame Antworten, gemeinsame Regeln und gemeinsames praktisches Handeln. Weniger Europa schadet dort, und mehr Europa nützt dem Bürger.

Sogar Außenpolitik kann identitätsstiftend sein. Ich bin ganz der Auffassung, dass die Zustimmung der Europäer zu Europa in dem Maße wachsen wird, wie die Europäische Union die Weltpolitik sichtbar mitgestaltet. Wenn es Europa beispielsweise gelingen würde, sich durch eine finanzkräftigere Entwicklungspolitik resolut der Bekämpfung der Armut in der Welt anzunehmen, dann

hätten die Europäer einen Grund mehr, auf die Europäische Union stolz zu sein. Und anstatt uns mit endlosen Überlegungen über Strategien und Stellungnahmen zu plagen, sollten wir uns um eine wirkliche, ausgewachsene Außenpolitik bemühen. Wenn auch hier in den nächsten Jahren nicht zu einer radikalen Vergemeinschaftung der Außenpolitik fortgeschritten werden kann, kann der intergouvernementale Weg auf Dauer jedoch keine Lösung sein. Deshalb sollten wir heute mit kleinen Schritten in die richtige Richtung anfangen. Wenn wir es zum Beispiel schafften, dass die gesamte Eurogruppe sich in den internationalen Finanzorganisationen auch als einheitliche Gruppe präsentierte, sodass es im internationalen Währungsfonds anstatt einer französisch, belgisch oder niederländisch geführten *Constituency* eine einzige europäische gäbe, repräsentativ für die zwölf Euro-Mitglieder, dann würden wir auch ein kohärenteres und stärkeres Bild von Europa nach außen sowie nach innen projizieren. In diesem Zusammenhang würde es auch Sinn machen, dass die europäischen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Frankreich und Großbritannien, sich in Zukunft dort von der Präsidentschaft der Europäischen Union vertreten ließen.

### Institutionelle Debatte

Wenn ich mich dann der allgegenwärtigen institutionellen Debatte doch noch anschließen sollte, hätte ich einige wesentliche Bemerkungen. Zunächst einmal bin ich resolut der Auffassung, dass die Kommission wesentlich gestärkt werden sollte. Dies müsste durch den Rat und die Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament und den jeweiligen nationalen Parlamenten geschehen. Um der Kommission eine größere demokratische Legitimität zu verleihen, wäre es angebracht, die Kommissare, in jenen Mitgliedstaaten, die dies wollen, in

direkter Wahl zu ermitteln. Wieso eigentlich wissen die meisten Bürger in den meisten Mitgliedstaaten nicht, wer sie in der Brüsseler Kommission vertritt? Wenn die Bürger wirklich wählen müssten, wer sie in Brüssel vertreten soll, wohl wissend, dass der- oder diejenige nicht das eigene Land, sondern das Gemeinschaftsinteresse vertritt, wäre dieses Problem viel einfacher zu lösen. Was den Präsidenten der Europäischen Kommission betrifft, sollte er entweder direkt gewählt werden oder aber im Kreise der stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament, was nicht heißen soll, dass der Kommissionspräsident dann Mitglied des Europäischen Parlamentes sein müsste.

Auch auf der Ebene des Europäischen Parlamentes wäre eine stärkere Zuwendung des Wählers zu einem individuell leichter erkennbaren europäischen Abgeordneten wünschenswerter als die Anonymität, die sich aus dem in einigen Ländern der Europäischen Union praktizierten Wahlsystem ergibt. Was die Frage einer zweiten Kammer betrifft, darüber sollte man sich – solange man sich nicht eingig ist, was mit der ersten geschehen soll – keine Gedanken machen.

Aber an der Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten wird niemand vorbeikommen. Dieser Aufgabe wird sich die für 2004 verabredete Regierungskonferenz annehmen müssen. Sie wird sie aber nur dann korrekt erledigen können, wenn sich die Staats- und Regierungschefs Ende des Jahres beim Europäischen Rat in Brüssel-Laeken darauf verständigen, ein multiform zusammengesetztes Forum mit der Vorbereitung der Regierungskonferenz zu beauftragen. Diesem Forum sollten neben Regierungsvertretern auch nationale und europäische Abgeordnete angehören, die ihrerseits über einen direkten Draht zu der Zivilgesellschaft, zu Gewerkschaften und zu europäischen Bürgerbewegungen ver-

fügen müssen. Jedoch sollte niemand davon ausgehen, dass sich aufgrund einer solchen Zusammensetzung die Debatte einfacher gestalten wird. Diese Debatte ist mit dem Risiko verbunden, zu einem großen Konflikt in der Europäischen Union zu führen. Denn neben dem Themenkomplex der Subsidiarität – wer kann was wo besser machen – gewinnt in diesem Zusammenhang auch die Frage der Proportionalität eine immer größere Bedeutung. Dass zu viele, von der Kommission akribisch-bürokratisch vorgegebenen Detailregelungen fernab auf regionaler und lokaler Ebene zum Verdross über Europa führen, ist verständlich und deshalb im Zusammenhang mit der neuen europäischen Pädagogik, für die ich plädiere und mit welcher wir vorgehen sollten, wenn wir Europa den Bürgern geschmackvoller darstellen wollen, nicht vereinbar.

### Flexibilität

Dabei warne ich auch vor einer zu unbiegsam und streng angelegten Kompetenzzuordnung: Europa muss auch in Zukunft flexibel auf die Irrungen und Wirrungen der Zeit reagieren können. Ansonsten riskieren wir den europäischen Stillstand: Wenn nämlich die europäischen Gründungsväter in den fünfziger Jahren von vornherein ein für alle Mal festgeschrieben hätten, welche Kompetenzen und welche Kompetenzen nicht den einzelnen Institutionen zugeteilt werden sollten, hätten wir weder den Binnenmarkt noch den Euro verwirklicht, von möglichen Fortschritten in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ganz zu schweigen.

Schlussendlich wird sich die Regierungskonferenz 2004 nicht an der europäischen Verfassungsfrage vorbeidrücken können. Eine europäische Verfassung kann auch – wenn sie gut gemacht wird – ihren Anteil zu einer verstärkten Identifikation der Bürger mit der Europäischen Union beitragen. Eine Verfassung regelt jedoch generell das Zusammenleben eines Volkes im Rahmen einer Nation, zu der es sich bekennt. Jedoch auch die glühendsten Europa-Befürworter müssen sich mit der Tatsache abfinden, dass es weder das europäische Volk noch die europäische Nation gibt. Wer denkt, Nationen wären eine provisorische Erfindung der Geschichte, der irrt sich, da Nationen auf Dauer angelegt sind. Und wer Europa weiterbringen will, der muss sich darum bemühen, das nationale und das europäische Bewusstsein miteinander in Einklang zu bringen. Deshalb sollten die Mitgliedstaaten, ob zu fünfzehn, zwanzig oder mehr, sich auf einen Verfassungskodex festlegen, wo Gemeinsamkeiten und europäische Ambitionen definiert werden. Ein solches Dokument kann man dann „europäische Verfassung“ nennen, allerdings sollte sie nicht als solche verabschiedet werden. Diese gleich lautenden Verfassungsartikel sollten vielmehr in die jeweiligen nationalen Verfassungen eingefügt werden, und zwar durch die nationalen Parlamente in einem normalen verfassunggebenden Verfahren.

*Am 26. Juni 2001 hat Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburgs, auf Einladung des Brüsseler Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in einer Rede seine europapolitischen Vorstellungen veranschaulicht. Bei dem hier veröffentlichten Beitrag handelt es sich um eine redaktionelle Überarbeitung der frei gehaltenen Rede.*

### Lehre der Globalisierung

*„Die zu ziehende Lehre ist die unbedingte Notwendigkeit, die Demokratie zu globalisieren und nicht etwa die Globalisierung aufzugeben.“*

(Mario Vargas Llosa am 1. März 2001 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)